

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veranstaltungen...
Anzeigen...
Preis...
Nr. 215

Veranstaltungen...
Anzeigen...
Preis...
Nr. 215

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000.

Nr. 215

Sonntag, den 14. September 1924

19. Jahrgang

Das neue Wirtschaftsdiktat. Einschneidende Preisentwertungsverordnungen des Reichspräsidenten.

Berlin 12. Sept.

Am die durch das Bonitzer Abkommen dem Deutschen Volke erwachsenen Lasten möglichst tragbar zu machen, und alle Voraussetzungen für den Wiederaufbau der Wirtschaft zu schaffen, wird die Reichsregierung eine Reihe von wirtschaftlichen und steuerlichen Maßnahmen treffen. Im einzelnen wird folgendes beantragt werden:

Die Frachten der Normalklassen des Gütertarifes, die Sätze des Tiertarifes, die Frachten des allgemeinen Kohlenausnahmetarifes, werden vom 13. September um 10 Prozent ermäßigt. Der Gewichtszuschlag für die Beförderung der gebrochenen Wagen wird von 10 auf 5 Prozent herabgesetzt.

Zur Erleichterung der Geldverendung wird vom Reichspostminister dem Verwaltungsrat der Reichspost noch in diesem Monat eine Vorlage zur Ermäßigung der Postanweisungs- und Postschadengebühren vorgelegt.

Die Kohlenpreise werden folgendermaßen ermäßigt: Steinkohlen aus Nieder- und Oberschlesien erfahren ab 13. September eine durchschnittliche Ermäßigung von 10 Prozent gegenüber den vom Reichskohlenverband veröffentlichten Preisen. Sobald die Frage der Syndikatsverneuerung geklärt ist, wird eine Ermäßigung von mindestens 10 Prozent für die Ruhrkohle erfolgen.

Auf dem Gebiete des Bankwesens:

a) Die Reichsbank wird das Diskontierungs-Gesamtkontingent zunächst um 10 Prozent erhöhen. Sie

wird die zulässige Laufzeit von Wechseln bei der Reichsbank für reine Warenwechsel auf drei Monate ausdehnen. Sie wird fortan Bankakzente vorbehaltlich einer Vereinbarung über die von den Banken zu berechnende Akzept-Provision wieder diskontieren.

b) Auf die Bankvereinbarungen wird hinsichtlich der Binsgebühren für herangezogene Gelder und Spareinlagen hingewirkt werden, die normalen Kredit-Provisionen innewohnen. Zur Vermeidung unproduktiver Arbeiten bei den Banken sollen die jährlichen Devisenvorschriften bis auf einen ganz geringen Teil wegsfallen.

Die Umsatzsteuer

und diejenigen Teile der Kapitalverkehrssteuer, die mit der Kapitalbeschaffung für die Wirtschaft im Zusammenhang stehen, sollen ermäßigt werden. Die Umsatzsteuer wird mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 von 2½ auf 2 Prozent herabgesetzt werden. Von den Kapitalverkehrssteuern wird auf dem Gebiete der Gesellschaftssteuer und der Wertpapiersteuern ebenfalls vom 1. Oktober 1924 eine Senkung eintreten.

Der Zollvorlage, die dem Reichstag vorgelegt ist, jedoch durch die Herabsetzung der Umsatzsteuer nicht vorgegriffen werden.

Die steuerlichen Maßnahmen erfolgen angesichts der Dringlichkeit durch Verordnung des Reichspräsidenten. Die Reichsregierung gibt der Erwartung Ausdruck, daß die gesamte Privatwirtschaft durch Senkung des Preisniveaus und die öffentliche Wirtschaft durch Herabsetzung der Verkehrstarife den Wegen der Regierung folgen werden.

Politischer Guckkasten.

In Dresden tagte kürzlich ein Kongress für Biologische Hygiene. Biologie heißt Lebenskunde. Und Biologische Hygiene hat irgendwie mit Lebensförderung zu tun. In einem der letzten Sitzungstage, bei der Diskussion des Themas „Jugendbewegung“ betrat ein Vorkämpfer des Bioturn und legte eine Lanze für den Krieg ein. „Meine Freunde“, sagte dieser freundliche und wohlwollende junge Mann, „Kriege sind notwendig! Die Millionen von Menschen, die auf dem Schlachtfeld gefallen sind, waren unbrauchbar.“ Er wollte noch etwas sagen. Aber seine weiteren freundschaftlichen Belehrungen gingen unter in den tosenden Entzückungsrufen derer, die sich, trotz aller Biologie, noch einem Rest von wirklich lebensfähigem gesunden Menschenverstand bemächtig hatten. Man schrie: „Maffemörder!“, „Sabotage!“ Und verschiedenes andere Unfreundschafliche. Der freundliche Biologe verschwand von der Tribüne. Er hatte sich zweifellos für einen ganz außerordentlichen Kenner der menschlichen Lebensgesetze gehalten. Aber was er gesprochen hatte, gehörte weniger in das Gebiet der Biologie als der Retrospektive. Es war der Retrospektive dieses Kongresses für Biologische Hygiene.

Leitender Staatsminister in Thüringen, wo der Ordnungsbund herrscht, ist Herr Leutheuser. Im Reichstag hat Herr Leutheuser als Abgeordneter der Deutschen Volkspartei für die Annahme der Sutachengefesse gestimmt. Im Reichsrat hat Herr Leutheuser dem thüringischen Vertreter Stimmenthaltung vorgegeschrieben. Und im thüringischen Landtag hat Herr Leutheuser auf eine Interpellation erklärt, daß diese Stimmenthaltung eine Weisung bedeuten solle. Herr Leutheuser hat also das Kunststück fertiggebracht, gleichzeitig fünfmal einen weißen, einen roten und einen blauen Stimmentzel abzugeben.

Der frühere Reichskanzler Dr. Wittig hatte sich in einem Artikel, der sich scharf gegen die Idee eines Bürgerbundes wandte, dahin ausgesprochen, daß der Reichskanzler Dr. Marx im Herbst eine Erweiterung der Regierung nach rechts und nach links versuchen würde. Das erscheint der „Kreuzzeitung“ als ein Ding der Unmöglichkeit. Sie stellt darin den Versuch, die Deutschnationale Volkspartei um ihre Ansprüche zu betteln. Wertwürdig. Noch vor wenigen Jahren, nach der Revolution, war es der Führer der Deutschnationalen Dr. Hergt, der ein Ordnungsprogramm entworfen hatte, auf dem eine große Koalition von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zustande gebracht werden sollte. Jetzt, wo der Reichskanzler Dr. Marx denselben Versuch machen will, wird das als ein beträchtliches Wandern von denselben Deutschnationalen Charakterisiert.

In einer Polemik mit dem „Deutschen Tageblatt“ des Abg. v. Graefe, das die Deutschnationale Volkspartei als „vorbelastet und korumpiert“ abgestempelt hat, entwirft der „Deutschen Zeitung“ folgendes interessante Geständnis: „Das wir... für den Eintritt der Deutschnationalen unter starker Führung in die Regierung uns einsetzen, hat seinen Grund darin, daß wir gerade davon endlich Freiheit für die völkische Bewegung erhoffen. Den größten Nutzen hieraus zu ziehen, dürfte die Nationalsozialistische Kampfbewegung in der Lage sein. Das im übrigen gerade Neuwahl der Nationalsozialistischen Kampfbewegung im Augenblick sehr unerwünscht wären, dürfte auch Herrn v. Graefe-Goldbees bekannt sein.“ Also erstens hielt man die Wiederkehr der Großen Koalition für „grauenvoller“ als selbst die Annahme des „wahnwitzigen“ Dawesplanes und zweitens hofft man darauf, daß man innerhalb der Regierung die Möglichkeit haben werde, der völkischen Winterarbeit gegen die Republik und der außenpolitisch bläher schon so „erfolgreichen“ Politik der „Deutschen Tage“ entgegenzutreten. Man muß der „Deutschen Zeitung“ Dank dafür wissen, daß sie so hübsch aus der Schule plaudert.

Der „Bankier“ Emil Bruch, der ursprünglich Angestellter des Bankgeschäftes Adwensberg u. Co. unter den Linden, war und dann eine deutschösterreichische Bank begründete, die da sie ein reines Schwindelunternehmen war, jetzt völlig zusammengebrochen ist, hatte es seinerzeit verstanden, das nötige Gründungskapital sich von einem ostbayerischen Herrn, einem Kaufmann G. und einem sächsischen Krug zu beschaffen. Der eine stellte ihm 60 000, der andere 40 000 Mark zur Verfügung. Der Verkauf des deutschösterreichischen Kreises, die bekanntlich die Ainsnechtigkeit brechen wollen, war deshalb so groß, weil ihnen Bruch 50 bis 60 Prozent Verdienst an den Einlagen pro Monat versprach. — Wie das deutschösterreichische „Deutsche Tageblatt“ auf die Mitarbeit der sächsischen Anleiher West legt, so scheint man auch bei den Bankgründungen sächsisches Kapital — nicht zu verachten.

Politische Rundschau.

Der Kampf in Oberösterreich. Der Kampf in Oberösterreich ist in vollem Gange. Der Boden, der bei den letzten kommunistischen und nationalsozialistischen Stimmungen früher für die Demokratie nicht günstig war, ist aufnahmefähiger geworden. Vieles haben sich noch bezüglich der Reaktionen der Bevölkerung. Hier ergibt sich, wie die Entente den nationalsozialistischen Welt geschickelt hat, Schwierigkeiten macht den Deutschnationalen natürlich die Unterstützung vom 90. Tugend mit Herrn wehrhaften Erid. Man

Reichsregierung und Kriegsschuldnote.

Die Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund.

Die Vorklären der Reichsregierung mitgeteilt wird, ist die Erklärung des Reichskanzlers über die Kriegsschuldfrage entgegen den bisherigen vielfachen Presseäußerungen nicht unter dem Druck der Deutschnationalen erfolgt. Schon viel früher, lange vor den Reichstagsverhandlungen über die Dawesgesetze, ist auf Anfrage von Länderregierungen im Reichsrat die Angelegenheit zur Sprache gebracht worden. Weber die Frage, ob und wann eine Notifizierung erfolgen soll, wird das Reichskabinett in den nächsten Wochen, wenn der Reichskanzler von seiner Urlaubserreise zurückgekehrt ist, sich beschäftigen werden. Der Außenminister vertritt den Standpunkt, daß schon aus Gründen der Autorität eine solche Notifizierung zu erfolgen habe. In derselben Sitzung dürfte auch die Frage, ob Deutschland in den Völkerbund eintritt, berührt werden. In den Kreisen, die dem Außenministerium nahe stehen, glaubt man, jetzt den Zeitpunkt noch nicht für gekommen zu haben. Eine dieser Voraussetzungen sei die endgültige Erledigung der Kriegsschuldfrage und die Aufnahme Deutschlands als gleichberechtigte Großmacht. Irrendwelsche Anregungen von der anderen Seite, und zwar direkter Art, seien bisher noch nicht erfolgt. Weber sei offiziell oder inoffiziell auf der Bonitzer Konferenz die Frage des Eintritts von den Alliierten auch nur mit einer Silbe berührt worden, seien irgendwelche Schritte der Berliner Notifizierung nach dieser Richtung ergangen.

Der Ruf nach Reichstagsauflösung.

Berlin, 12. Sept. Aus parlamentarischen Kreisen hört die demokratische „F. A.“, daß mit dem Wiederzusammentritt des Reichstages sofort auch die Beweismittel für die Auflösung des Reichstages und für Neuwahlen aufleben werde. Die Befürworter der Neuwahlen machen geltend, daß seit der Verabschiedung der Dawesgesetze sich drei neue große außen- und innenpolitische Fragen ergeben, die eine Befragung des Volkes durch Wahlen unvermeidlich machen: 1. Die Notifizierung der Kriegsschuldfrage, 2. Deutschlands Beitritt zum Völkerbund, 3. Bildung eines Bürgerbundes.

Sachen und Personen von fremden Truppen frei.

Berlin, 12. Sept. Nach den aus dem besetzten Gebiete vorliegenden Meldungen sind von den Gebliebenen, die nach dem 11. Januar 1923 befreit worden sind, seit der Bonitzer Konferenz 48 Prozent wieder geräumt worden. Sachen und Personen sind von französischen und belgischen Truppen jetzt vollständig frei, so daß sich das Eingriffsgebiet jetzt auch auf Preußen erstreckt.

Levere Eisenbahnkommissar der Reichsbahn.

Berlin, 12. Sept. Wie es heißt, steht die Ernennung des französischen Eisenbahnsachverständigen Levere zum Eisenbahnkommissar der Deutschen Reichsbahn u. S. unmittelbar bevor.

Levere wird sich nach seiner offiziellen Ernennung nach Berlin begeben, um sein neues Amt anzutreten. In den nächsten Tagen wird in Berlin auch der zweite Reichsbahnverfänger des Dawes-Komitees, der Engländer Neworth, erwartet, der voraussichtlich dem Aufsichtsrat der neuen Gesellschaft angehören wird.

10 Abänderungsanträge zum Schiedsgerichtsentwurf.

Basel, 12. Sept. Der „Basler Anzeiger“ meldet aus Genf: Der gestrige Tag hat noch kein neues Moment in den Kommissionsberatungen gebracht. Alle Nebenfragen in den gleichen Ton aus: Anerkennung der Schiedsgerichtsidee mit entsprechenden Vorbehalten. Die Zahl der Abänderungsvorschläge zu dem Schiedsgerichtsentwurf hat 10 erreicht. Die dritte Kommission will den Sonntag und Montag Sitzungsfrei lassen.

Ein faschistischer Abgeordneter ermordet.

Rom, 12. Sept. Der faschistische Abgeordnete Casarini ist im Quartier Via Trionfale auf offener Straße erschossen worden. Der Mörder ist verhaftet worden; es soll der Vorkler der Villa Casarini sein der einen privaten Nachschuß verleiht. Von anderer Seite verlautet jedoch, es handle sich um ein politisches Attentat. Laut der Mittagsausgabe des „Giornale d'Italia“ erklärte der Täter auf der Polizeistation, daß er habe Mitternacht rufen wollen. Der ermordete Abgeordnete Casarini war früher Republikaner und wurde dann Faschist. Die Tat aber nur eine sekundäre Rolle.

Bedrängte Lage der Spanier in Marokko.

Auch das Eingreifen der Riff-Stämmen in den Kampf um Tetuan in eine äußerst kritische Lage gekommen. Während nach den vorliegenden Meldungen die Stimmung der besetzten Stellen von Witter planmäßig vor sich gegangen zu sein scheint, steht die Belagerung von Tetuan vor der Gefahr, abgebrochen zu werden. Nach den neuesten Meldungen aus Paris soll der vollständige Einschluß der Stadt durch die Aufständischen bereits vollzogen und den zum Entsat herbeigeschickten Truppen jede Möglichkeit einer Annäherung genommen sein.

Der offizielle Bericht der spanischen Truppen lautet jedoch nach wie vor optimistisch und spricht von einem befriedigenden Verlauf der bei Tandan singelierten Operationen, von denen die vollständige Wiederherstellung der Linien bis zur neutralen Zone möglich ist.

ue.
herweise.
eingeladen
welche ait
und Pfeife.
kthau 11:0)
ue.
netten-
heater.
rößer Selbstau
Erfolge gespielt
8 Uhr)
ellung!
Außland
n.
ellungen.
aus dem Süd
eslan.
n. die Hälfte.
en,
h.
n.
n.
n.